

492/A(E) XXI.GP
Eingelangt am:05.07.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Gradwohl, Maier, Mag. Sima
und GenossInnen,

betreffend grundlegende Neuausrichtung des Agrarsystems durch radikale Umstellung des Förderungssystems mit strikter Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit und die nachhaltige Forcierung des Biolandbaus in Österreich

Noch nie wurde nach dem zweiten Weltkrieg die Landwirtschaft auch in Österreich von derartigen Katastrophen und Skandalen erschüttert wie in den letzten Monaten.

Der Widerstand seitens der schwarz - blauen Bundesregierung gegen mehr Ökologie und soziale Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Vergabe von massiven Förderungsmitteln trägt schwere Mitschuld daran.

Trotz Erhöhung des Agrarbudgets 2000 und gerade wegen der ungerechten Verteilung dieser Mittel beschleunigte sich der Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft (-3,6 %). Für 2001 wird durch die verfehlte Agrarpolitik eine noch höhere Hofaufgabe erwartet.

Vor allem die jüngsten Antibiotikaskandale in der Schweinemast in Österreich haben ein weiteres mal bewiesen, dass der Landwirtschaftsminister, die Präsidentenkonferenz und der ÖVP - Bauernbund die Interessen der Verbraucher nach einwandfreien Produkten nach wie vor sträflich negieren.

Die zahlreichen Anträge seitens der SPÖ - Fraktion für eine grundlegende Trendumkehr in der österreichischen Agrarpolitik wurden im Parlament bisher immer wieder von den Regierungsfractionen niedergestimmt.

Dazu gehört etwa die jahrelange Forderung der SPÖ nach einer Forcierung des Biolandbaus in Österreich durch Aufstockung der Förderungsmittel aus dem Landwirtschaftsbudget. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Rahmen seines Landwirtschaftsbudgets schon 2001 die Förderung der biologischen Landwirtschaft für Beratung durch Bioorganisationen von ohnehin nur 14 auf lächerliche öS 11 Mio. empfindlich gekürzt und diese Kürzung im Budget 2002 bedauerlicherweise beibehalten hat.

Gerade im Zusammenhang mit der Entschlussfassung, der konventionellen Produktionsweise den Rücken zu kehren um endgültig in den Biolandbau einzusteigen und vor allem für die Zeitdauer für die Umstellungsphase ist eine professionelle Beratung für Biolandwirte von enormer Wichtigkeit.

Diese Kürzung der Förderungsgelder für die Beratung der Bioorganisationen war und ist ein negatives Signal, welches dem Biolandbau in Österreich schweren Schaden zufügt!

Dies ist besonders bedauerlich, weil bei der Frage nach positiven Ansätzen in der österreichischen Landwirtschaft zuallererst die Biobauern genannt werden, und namhafte Experten sehen den biologischen Landbau als **d i e** Zukunft der österreichischen Landwirtschaft. Österreich war bisher fast mit 20.000 nach der Produktionsform des biologischen Landbaus produzierenden Bauern Biolandbau - Spitzenreiter in Europa. Biobauern bewirtschaften 10% der österreichischen landwirtschaftlichen Nutzfläche nach den gesetzlichen Auflagen des Biolandbaus. Die Umsätze mit Bioprodukten im Jahre 2000 werden auf 3,5 (Preise auf Großhandelsebene) Milliarden Schilling geschätzt.

Die mitgliederstärkste Biobauernorganisation Österreichs ist mit 12.000 Mitgliedern der „Ernteverband“. Der Anteil an Direktvermarktern unter den ökologisch wirtschaftenden Bauern in Österreich beträgt 15%. Bioprodukte werden bereits von etwa 20% der Konsumenten regelmäßig gekauft. Seit 1997 gibt es keinen Produktionszweig in der österreichischen Landwirtschaft, in dem nicht der biologische Landbau Einzug gehalten hätte.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs ist der festen Überzeugung, dass der biologische Landbau in Österreich einen nicht zu unterschätzenden Lösungsansatz für die Bewältigung der Probleme aller bäuerlichen Betriebe in Österreich bietet und in Zukunft mit einer breiten „Bio - Offensive“ nachhaltig gestärkt werden muss. Der biologische Landbau ist imstande, dem heute mehr denn je verunsicherten Konsumenten die größere Sicherheit zu bieten sowie Forderungen immer weiterer Teile unserer Bevölkerung nach einer umweltgerechten Landwirtschaftsform, artgerechter Tierhaltung, Entschärfung der Nitratproblematik und Verbot des Einsatzes von chemisch - synthetischen Pestiziden gerecht zu werden. Und um ein ganz aktuelles Thema anzusprechen: Der biologische Landbau in Österreich ist gentechnikfrei!

Der biologische Landbau ist somit die einzige klar geregelte Form der Landwirtschaft!

Der Anteil der in Österreich hergestellten und zum Verkauf angebotenen Lebensmittel aus biologischer Landwirtschaft beträgt derzeit knapp unter 10%, Experten schätzen

einen Anteil von 30%, bei manchen Produkten bis zu 50% mittelfristig als realistisch ein.

Resümee: Die biologische Wirtschaftsweise ist in Anbetracht eines bei weitem noch nicht gesättigten Marktes weiterhin zu empfehlen!

Der Obmann des Ernteverbandes, des größten Bioverbandes Österreichs Josef Ortner, weist in diesem Zusammenhang daraufhin, „dass im vergangenen Jahr von 5.000 Biobauern in Tirol rund die Hälfte ausgestiegen sei“ und „konventionell“ wirtschaften. Der Grund sei darin zu suchen, dass der Größenunterschied in der Förderung biologischer bzw. konventioneller Betriebe nicht groß genug sei. Auch die Kürzung von Fördermitteln der Bioverbände durch die österreichische Regierung zeigt, „dass in der Infrastruktur der Umstellung, in Beratung und Vermarktung für Biobauern weniger investiert werden soll als bisher (APA 11.01.2001)“.

Bedauerlicherweise versucht der ÖVP - Landwirtschaftsminister mit Geldern aus dem österreichischen Programm für ökologische Landwirtschaft möglichst flächendeckend Gelder zu verteilen, u.a. auch für Maßnahmen deren umweltschonende Wirkung schwer bzw. kaum überprüfbar sind, dem konventionellen Betrieben damit große Summen von Förderungsgeldern bringen, gleichzeitig diese von der Umstellung zum „Biolandbau“ abhalten. Die Forderung der Sozialdemokraten, die Unterstützung für Biobetriebe deutlich attraktiver als für konventionell wirtschaftende Bauern zu gestalten wurde bis heute abgelehnt, obwohl konventionelle Betriebe im Gegensatz zu Biobetrieben permanent für gesättigte und unattraktive Märkte produzieren.

Deutlichstes Zeichen für diese völlig verfehlte Politik Molterers ist der schmerzliche Rückgang der Anzahl der Biobetriebe von 20.000 auf heute 18.000 in unserem Land!

Dafür zu sorgen, dass der Biolandbau auch ein wichtiger Bestandteil der europäischen Agrarreform wird ist dem ÖVP Minister misslungen. Erst unter der schwedischen Ratspräsidentschaft kam es kürzlich zu einem viel versprechenden Schritt vorwärts für eine breitere europaweite Unterstützung des Biolandbaus. Eine Chance, die Österreich davor bedauerlicherweise ungenützt gelassen hatte.

Landwirtschaftsminister Molterer ist mit dieser Politik dabei, die „Poleposition“ Österreichs im Bereich des Biolandbaus in Europa zu verspielen! Molterers Politik nach dem Motto „weiter so“ erschöpft sich in unverbindlichen Erklärungen.

Hinsichtlich offensiver Strategien und Konzepte für den Biolandbau gibt es seitens Molterer bis heute nur Lippenbekenntnisse.

Eine soziale Staffelung der Agrarförderungen, die vor allem die Menschen, deren Arbeitskraft und die Arbeiterschwernisse in den Mittelpunkt stellen würde, hat der österreichische Landwirtschaftsminister bereits am Beginn dieser Legislaturperiode für Österreich dezidiert ausgeschlossen!

Tatsache ist, dass ohne generellem Umdenken in der Landwirtschaft die nächste Krise in der Warteschleife hängt.

Die Kernpunkte einer längst fälligen Wende kann nur durch eine radikale Umstellung der Agrarförderung und durch eine nachhaltige „B i o - O f f e n s i v e“ erfolgen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

„Der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt - und Wasserwirtschaft wird aufgefordert,

- **Im Rahmen einer nachhaltigen „B i o - O f f e n s i v e“ durch massive Erhöhung der Förderungsmittel für den Biolandbau für einen weiteren Ausbau dieser besonders ökologisch und tierfreundlich geführten Wirtschaftsweise stärker zum Durchbruch zu verhelfen;**
- **eine soziale Staffelung von Agrarförderungsmitteln, insbesondere der Marktordnungsprämien, zur gerechteren Verteilung im Sinne einer inneragrarischen Solidarität einzuführen.“**

Zuweisungsvorschlag:

Landwirtschaftsausschuss